

Niederschrift

über die in der 21. Sitzung des Kreistages
am 14.12.2017 im Maywaldsaal des Kreishauses in Kleve gefassten Beschlüsse
- öffentliche Sitzung -

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 16:05 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 18:10 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 18:12 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 19:53 Uhr

anwesend sind

Angenendt, Brigitte	Kleve
Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Draack, Franz-Josef	Wachtendonk
Düllings, Paul	Issum
Elverfeldt von, Max	Weeze
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Fenger, Andre	Rees
Giesen, Heinz	Geldern
Heinzel, Freddy	Emmerich am Rhein
Kerkenhoff, David	Kalkar
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Klinkhammer, Robert	Rees
Koppers, Josef	Goch
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mailänder, Josef	Straelen
Mulder, Andy	Kleve
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Stevens, Agnes	Uedem
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Winkels, Lothar	Bedburg-Hau
Wolters, Stephan	Geldern
Beckers, Irmgard	Issum
Berg, Josef	Kleve
Derstappen, Gertrud	Wachtendonk
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Friedmann, Peter	Rees
Helbing, Peter	Kerken
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Plotke, Kathrin	Uedem
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Sander, Helma	Kalkar
Trenckmann, Bettina	Goch

Weber, Otto
Wucherpfennig, Brigitte
Gorißen, Dietmar
Prof. Dr. Klapdor, Ralf
Wittenburg, Thomas
Krystof, David ab 17.40 Uhr / TOP 19
Dr. Prior, Helmut
Sickelmann, Ute
Terkatz, Hans-Hermann
Währisch-Große, Elke
Hohl, Peter
Selders, Hannes
Höhn, Birgitt
Heinricks, Michael
Natrop, Mathias
Vopersal, Jörg
Habicht, Kai
Reuter, Tim
Severin, Rainer

Straelen
Kleve
Kleve
Uedem
Issum
Goch
Kleve
Emmerich am Rhein
Straelen
Rheurdt
Wallfahrtsstadt Kevelaer
Wallfahrtsstadt Kevelaer
Wallfahrtsstadt Kevelaer
Kerken
Kranenburg
Wallfahrtsstadt Kevelaer
Kerken
Geldern
Kleve

entschuldigt sind

Hayduk, Norbert

Geldern

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Reynders, Rudolf
Lamers, Silke
Jansen, Christoph
Keuken, Ruth
Lümmen, Monika

als Gast

van Zoggel, Rudi zu TOP 26

als Schriftführerin

Bormann-Ervens, Denise

- - - - -

Vor Eintritt in die Tagesordnung erbittet Landrat Wortmeldungen im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner.

Herr Zigan fragt, ob eine Besprechung zum Fahrplan der Linie SB 58 stattgefunden hat, da es keine Veränderungen des Fahrplans gibt. Er sagt, dass für diese Linie EU-Mittel gezahlt werden. Sollte eine Inbetriebnahme der Strecke als Bahnstrecke erfolgen ist davon auszugehen, dass keine Doppelförderung erfolgen wird. Er fragt, wie lange die Förderung noch läuft.

Landrat antwortet, dass ihm eine Gewährung von EU-Mitteln für die Linie nicht bekannt ist. Sollten entsprechende Zahlungen erfolgen, dann für den durch die EU festgelegten Bewilligungszeitraum. Er führt aus, dass er die Fragestellung dahingehend versteht, dass Herr Zigan auf die Konkurrenz zwischen der Linie SB 58 und einer gewünschten Reaktivierung der Bahnstrecke Kleve – Nimwegen abstellt. Wie diese Konkurrenz aufgelöst wird, wenn sie denn relevant wird, bleibt abzuwarten. Er weist darauf hin, dass in den Medien berichtet wurde, dass sich die Stadt Nimwegen dahinge-

hend geäußert hat, dass es keine Bahnstrecke geben muss. Es kommt auch eine Schnellbuslinie in Betracht. Und je besser die Schnellbuslinie, umso weniger wird eine Bahnverbindung benötigt. Hinsichtlich des Fahrplans wurde Kontakt mit der NIAG aufgenommen.

Herr Thelosen fragt wieso noch eine Diskussion im Haushaltsentwurf erfolgt, obwohl das Land zugesagt hat, die Kommunalen Integrationszentren bis 2022 zu unterstützen und warum nicht früher darüber nachgedacht wurde. Zudem erfragt er den Sachstand der Diskussion und Gespräche zum Nahverkehrsplan.

Landrat antwortet, dass sich der Kreistag mehrfach mit dem Thema Kommunales Integrationszentrum befasst hat. Der Antrag der SPD-Fraktion wird Gegenstand der Haushaltsberatungen sein. Hinsichtlich des Nahverkehrsplans weist der Landrat auf den Tagesordnungspunkt in der Sitzung hin.

Herr Röhrich fragt, ob die Daten der Kommunen aus dem Kreis Kleve zum Baumbestand in den Baumbestand des GeoPortal Niederrhein eingepflegt werden. Er fragt zudem, ob es gängige Praxis der Kreisverwaltung ist Informationsanfragen nicht nachzukommen und damit das Recht des Einwohners / Bürgers des Kreises Kleve zu verweigern oder ob es die grundsätzliche Haltung einer Verwaltung ist, die Probleme hat, wenn es Kritik an ihrer Arbeit gibt.

Landrat sagt schriftliche Beantwortung zu.

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist, die Einladungsfrist eingehalten und Ort und Zeitpunkt der Sitzung in der vorgeschriebenen Weise bekanntgemacht worden sind.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Schreiben der Stadt Rees zu TOP 3
- Schreiben der Stadt Kalkar zu TOP 3
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.12.2017 zu TOP 19

Auf die Frage des Landrates an die Kreistagsmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

Landrat weist auf die auf den Tischen ausliegenden Kalender für das Klever Land auf das Jahr 2018 und den Geldrischen Heimatkalender 2018 sowie den Entwurf der Haushaltssatzung hin. Die Kreistagsmitglieder, die sich für die papierlose Variante entschieden haben, haben eine E-Mail mit einem Link erhalten, unter dem sie sich den HH-Plan herunterladen können.

Neben dem Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2017 werden keine weiteren Anträge zur Tagesordnung gestellt.

Landrat erklärt hinsichtlich des Antrages der SPD-Fraktion vom 21.11.2017, dass aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen die Antragsbegründung, die Diskussion und die Beschlussfassung in nichtöffentlicher Sitzung durchzuführen sind. Landrat schließt die Öffentlichkeit aus.

Landrat stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert die Öffentlichkeit darüber, dass der Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2017 mehrheitlich abgelehnt wurde.

Öffentliche Sitzung

1. Gesamtabschluss 2015 des Kreises Kleve 749/WP14
2. Beschluss über den Jahresabschluss 2016, die Entlastung des Landrates und die Behandlung des Jahresergebnisses 721/WP14
3. Einbringung der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 mit Haushaltsplan und Anlagen 761/WP14
4. Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve 752/WP14
Ergebnis der Voruntersuchung zur Entwicklung einer Konzeption für die "Modernisierung des Berufskollegs Kleve inklusive der Werkstätten"
5. Entwurf des Stellenplanes des Kreises Kleve für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 754/WP14
6. Ersatzwahlen 727/WP14
Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve
7. Beitritt des Kreises Kleve zum Förderverein Wildtierauffangstation im Kreis Kleve e.V.i.G. 733/WP14
8. Abschlussbericht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises Kleve durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW 708_2/WP14
9. Abschlussbericht zur überörtlichen Prüfung der Informationstechnik des Kreises Kleve durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW 709_3/WP14
10. Errichtung und Änderung von Bildungsgängen am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve; 699_2/WP14
 1. Fachpraktiker personale Dienstleistungen
 2. Fachpraktiker Küche
11. Errichtung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve; 700/WP14
Fachschule für Wirtschaft - Fachrichtung Betriebswirtschaft mit dem Schwerpunkt Personalwirtschaft
12. Errichtung von dualen Bildungsgängen am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve zum 01.08.2018; 711_2/WP14
 1. Chemielaborant / Chemielaborantin; Chemikant / Chemikantin
 2. Fachinformatiker / Fachinformatikerin
13. Errichtung und Änderung von Vollzeitbildungsgängen am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve zum 01.08.2018; 712_2/WP14
 1. Berufliches Gymnasium Gesundheit
 2. Berufsfachschule 1/2 Gesundheit mit dem Schwerpunkt Körperpflege
 3. Fachschule für Sozialpädagogik
14. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 02 Emmerich am Rhein - 717/WP14

Kleve

Beschlussfassung zum Aufstellungsverfahren

15. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 12 – Geldern-Walbeck - 715/WP14
Anpassung an die Bauleitplanung
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern (21. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geldern ‚Veert-Lüßfeld‘)
 16. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 13 - Geldern-Issum - Anpassung an die Bauleitplanung 716/WP14
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Issum im Zusammenhang mit der Ausweisung einer Konzentrationszone für Windenergie (1. Änderung des sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie der Gemeinde Issum)
 17. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk - Anpassung an die Bauleitplanung 714/WP14
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Straelen (19. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Straelen und Aufstellung des Bebauungsplans Straelen Nr. 58 ‚Auf dem Brand‘ im Parallelverfahren)
 18. Umsetzung der Reitregelung nach dem LNatSchG 720/WP14
 19. Erhalt des Angebotes eines Sozialtickets 726/WP14
Antrag der Kreistagsfraktion der B90/DIE GRÜNEN vom 19.10.2017
 20. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) 725_1/WP14
Entwurf des Nahverkehrsplanes des Kreises Kleve
 21. Rettungsdienst; 755/WP14
Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2016 und die Entlastung des Betriebsausschusses für den Rettungsdienst des Kreises Kleve
 22. Rettungsdienst; 758/WP14
Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2018 für den Rettungsdienst des Kreises Kleve
 23. Pflegeschnitte an den Sichtachsen am Moritzpark 763/WP14
Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.11.2017
 24. Mitteilungen 654/730/750/753/WP14
 25. Anfragen
- Nichtöffentliche Sitzung**
26. Zukünftige Filial- und SB-Struktur der Sparkasse Rhein-Maas 745_1/WP14
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.11.2017
 27. Abberufung als Prüferin und Leiterin der Arbeitsgruppe Rechnungsprüfung; 732/WP14

Bestellung als Leiterin und Prüferin der Arbeitsgruppe Rechnungsprüfung

- | | | |
|-----|---|----------|
| 28. | Grundstücksangelegenheiten
Erwerb zweier Flurstücke in der Gemarkung Salmorth | 722/WP14 |
| 29. | Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 50 Abs. 3 S. 1 KrO NRW
Erwerb eines bebauten Grundstückes in Kleve und Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Auszahlung | 751/WP14 |
| 30. | Veräußerung von Geschäftsanteilen | 764/WP14 |
| 31. | Berichte aus Beteiligungsgesellschaften des Kreises Kleve | 760/WP14 |
| 32. | Mitteilungen | 748/WP14 |
| 33. | Anfragen | |

- - - - -

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 749 /WP14

Gesamtabschluss 2015 des Kreises Kleve

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Entwurf des Gesamtabschlusses 2015 des Konzerns Kreis Kleve zur Kenntnis und leitet ihn gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 116 GO NRW zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter, welcher sich zur Durchführung der Prüfung der Arbeitsgruppe Rechnungsprüfung bedient (§ 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 116 Abs. 6 GO NRW i.V.m. § 101 Abs. 8 GO NRW).

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 721 /WP14

Beschluss über den Jahresabschluss 2016, die Entlastung des Landrates und die Behandlung des Jahresergebnisses

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Kreistag stellt gemäß § 53 Abs. 1 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in Verbindung mit § 96 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Jahresabschluss 2016 in der durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Fassung fest.
2. Dem Landrat wird gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW in Verbindung mit § 96 Abs. 1 GO NRW die vorbehaltlose Entlastung erteilt.

3. Der in 2016 entstandene Jahresfehlbetrag wird durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von 2.016.423,96 EUR gedeckt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 761 /WP14

Einbringung der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 mit Haushaltsplan und Anlagen

Landrat hält die als Anlage beigefügte Rede zur Einbringung der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für die Haushaltsjahre 2018 und 2019. Es gilt das gesprochene Wort.

KTM Wucherpfennig führt aus, dass im Nachtrag des Landschaftsverbandes 2017/2018 eine Senkung der Umlage erfolgen soll. Bislang war eine Senkung um 0,5 Punkte vorgesehen. In der am kommenden Tag stattfindenden Sitzung steht nunmehr eine Senkung um 0,75 Punkte sowie eine Festsetzung der Umlage 2018 auf den Wert der reduzierten Umlage 2017 zur Beschlussfassung. Sie fragt, ob diese neuen Zahlen eingeplant wurden.

Landrat verweist auf seine Rede zur Einbringung der Haushaltssatzung sowie die vorliegende Haushaltssatzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Entwurf der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 mit Haushaltsplan und Anlagen wird zur Beratung und Vorbereitung des Kreistagsbeschlusses an den Kreisausschuss verwiesen. Soweit Belange der Jugendhilfe berührt werden, ist der Jugendhilfeausschuss zu hören.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 752 /WP14

Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve
Ergebnis der Voruntersuchung zur Entwicklung einer Konzeption für die "Modernisierung des Berufskollegs Kleve inklusive der Werkstätten"

Herr Dipl.-Ing. Architekt BDA Ekkehard Voss, TCHOBAN VOSS Architekten GmbH, stellt das Ergebnis der Voruntersuchung vor. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

KTM Währisch-Große sagt, dass sich der Kreis Kleve um Alleinerziehende kümmern möchte und die gesellschaftliche und sozialpolitische Aufgabe besteht, sich um die gute Ausbildung junger Leute zu kümmern. Sie fragt, ob die Möglichkeit einer außerhäusigen Tagespflege im Schulgebäude Bestandteil der Überlegungen ist.

Frau Boxnick weist KTM Währisch-Große darauf hin, dass sie diese Frage bereits in der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses gestellt hat und eine Beantwortung erfolgte. Es besteht eine umfassende umliegende Versorgung für Kita-Plätze. Es wird keine Notwendigkeit gesehen, so etwas im Berufskolleg Kleve vorzuhalten.

KTM Engler führt aus, dass in der Präsentation der Rückbau und Abriss von Bauten angesprochen wurde. Diese haben eine Funktion erfüllt. Er fragt, ob es zutreffend ist, dass diese Funktionen anders als durch Erweiterung oder Umbau aufgefangen werden. Zu der geänderten Verkehrsführung weist er auf das in der Nähe befindliche Freizeitbad sowie die Werkstatt für Menschen mit

Behinderung hin. Er fragt an, ob in die Überlegungen mögliche verkehrliche Behinderungen eingeflossen sind.

Herr Dipl.-Ing. Architekt BDA Voss bejaht dies. Es geht darum, Dinge die im schlechten Zustand sind zu erneuern. Der Gedanke ist, es kompakter zu machen ohne die Flächen vom Grundsatz aufzugeben. Durch den Erweiterungsflügel können die verschiedenen Räumlichkeiten in enge räumliche Nähe gebracht werden. Es geht darum, dass Gelände nicht zu verbauen und die Punkte zu finden, wo ein Anbau sinnvoll ist. Hinsichtlich der Verkehrsführung sagt er, dass bei einer konkreten Planung eine quantitative Beurteilung vorzunehmen ist. Dort ist viel Platz und die Verkehrsströme teilen sich nach rechts und nach links auf. Er geht daher nicht von verkehrlichen Behinderungen aus, zumal anzunehmen ist, dass der Verkehr zu unterschiedlichen Zeiten stattfindet. Auch beziehen die Planungen nicht den öffentlichen Busverkehr ein. Dieser verbleibt am jetzigen Standort.

KTM Franken erfragt, ob die Präsentation dem Protokoll beigelegt wird und wie die weitere Befassung konzeptioneller Art geschehen wird.

Landrat erklärt, dass die Präsentation der Niederschrift beigelegt wird und die weitere Befassung stattfinden wird, wenn die Verwaltung dem Kreistag oder seinen Ausschüssen etwas vorlegt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 754 /WP14

Entwurf des Stellenplanes des Kreises Kleve für die Haushaltsjahre 2018 und 2019

Landrat sagt, dass der Personalrat Kenntnis genommen hat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Entwurf des Stellenplanes für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 wird zur Beratung und Vorbereitung des Kreistagsbeschlusses an den Kreisausschuss verwiesen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 727 /WP14

Ersatzwahlen

Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Herr Johann Bongardt wird als Mitglied für die Stadt Rees in das Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve gewählt.
2. Herr Josef Theysen wird als stellvertretendes Mitglied für die Stadt Rees in das Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve gewählt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 733 /WP14

Beitritt des Kreises Kleve zum Förderverein Wildtierauffangstation im Kreis Kleve e.V.i.G.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Kreis Kleve tritt dem „Förderverein Wildtierauffangstation im Kreis Kleve e.V.i.G.“ bei und zahlt einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 50 €.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 708 _2/WP14

Abschlussbericht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises Kleve durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Abschlussbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zur überörtlichen Prüfung der 2015/2016 der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises Kleve sowie der Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Rechnungsprüfungsausschusses werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 709 _3/WP14

Abschlussbericht zur überörtlichen Prüfung der Informationstechnik des Kreises Kleve durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Abschlussbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zur überörtlichen Prüfung der Informationstechnik des Kreises Kleve, die Stellungnahme an die GPA NRW, die Stellungnahmen der Verwaltung sowie der Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Rechnungsprüfungsausschusses werden zur Kenntnis genommen. Der Kreistag macht sich die Stellungnahmen der Verwaltung zu eigen.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 699 _2/WP14

Errichtung und Änderung von Bildungsgängen am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve;

1. Fachpraktiker personale Dienstleistungen
 2. Fachpraktiker Küche
-

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf werden rückwirkend zum 01.08.2017 folgende Bildungsgänge gemäß APO-BK Anlage A 1.1 am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve jeweils einzügig geführt:

1. Fachpraktiker personale Dienstleistungen
2. Fachpraktiker Küche

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 700 /WP14

Errichtung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve;
Fachschule für Wirtschaft - Fachrichtung Betriebswirtschaft mit dem Schwerpunkt
Personalwirtschaft

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf wird zum Schuljahr 2018/19 der Bildungsgang Fachschule für Wirtschaft - Fachrichtung Betriebswirtschaft mit dem Schwerpunkt Personalwirtschaft - nach Anlage E 3 APO-BK am Berufskolleg Geldern, Schulnummer 173708, einzügig eingerichtet.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 711 _2/WP14

Errichtung von dualen Bildungsgängen am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve zum 01.08.2018;
1. Chemielaborant / Chemielaborantin; Chemikant / Chemikantin
2. Fachinformatiker / Fachinformatikerin

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf werden zum 01.08.2018 am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve folgende Bildungsgänge der dualen Ausbildung gemäß APO-BK Anlage A 1.1 jeweils einzügig eingeführt:

1. Chemielaborant / Chemielaborantin; Chemikant / Chemikantin (mit einer gemeinsamen Beschulung im ersten Ausbildungsjahr)
2. Fachinformatiker / Fachinformatikerin Fachrichtung Systemintegration

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 712 _2/WP14

Errichtung und Änderung von Vollzeitbildungsgängen am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve zum 01.08.2018;

1. Berufliches Gymnasium Gesundheit
 2. Berufsfachschule 1/2 Gesundheit mit dem Schwerpunkt Körperpflege
 3. Fachschule für Sozialpädagogik
-

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf werden am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve folgende Bildungsgänge eingeführt bzw. erweitert:

1. Errichtung des Bildungsganges "Berufliches Gymnasium im Fachbereich Gesundheit und Soziales fachlicher Schwerpunkt Gesundheit (AHR/Freizeitsportleiter/Sport/Gesundheits-

förderung/Biologie); APO-BK Anlage D 17; einzügig mit der Option auf zwei Züge" zum 01.08.2018

2. Errichtung des Bildungsganges "Berufliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten und einem dem Hauptschulabschluss nach Klasse 10 gleichwertigen Abschluss im Fachbereich Gesundheit/Erziehung und Soziales Berufsfeld Körperpflege; APO-BK Anlage B 1; einzügig mit Option auf zwei Züge" zum 01.08.2018
3. Errichtung des Bildungsganges "Berufliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten und mittlerer Schulabschluss (FOR) im Fachbereich Gesundheit/Erziehung und Soziales Berufsfeld Körperpflege; APO-BK Anlage B 2; einzügig mit Option auf zwei Züge" zum 01.08.2018
4. Erhöhung der Zügigkeit des Bildungsganges "Fachschule für Sozialwesen Fachrichtung Sozialpädagogik; APO-BK Anlage E 3; von drei Zügen auf vier Züge" zum 01.08.2017.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 717 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 02 Emmerich am Rhein - Kleve
Beschlussfassung zum Aufstellungsverfahren

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Verwaltung wird unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Finanzierungsbeteiligung des Landes beauftragt, für den Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 2 – Emmerich am Rhein - Kleve das zum Satzungsbeschluss führende Verfahren gemäß § 14 (1) LNatSchG NRW durchzuführen.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 715 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 12 – Geldern-Walbeck - Anpassung an die Bauleitplanung
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern (21. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geldern ‚Veert-Lüßfeld‘)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt vorbehaltlich der landesplanerischen Zustimmung unter den Voraussetzungen keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 12 – Geldern-Walbeck an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern, dass:

- die beabsichtigte Flächennutzungsplanänderung in einem Bebauungsplan konkretisiert wird und auf der Grundlage einer qualifizierten Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung unter Beachtung des Artenschutzes die erforderlichen Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung, zur Eingriffsminimierung und zum Ausgleich bzw. Ersatz der unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft festgesetzt werden,
- im Umweltbericht dargelegt wird, wie die im Landschaftsplan festgelegten Entwicklungsziele im Rahmen der Ausgleichsplanung berücksichtigt werden,
- eine landschaftsgerechte Eingrünung des neuen Baugebietes mit standortgerechten, heimischen Wildgehölzen auf öffentlicher Fläche erfolgt, die sowohl Sichtschutz- als auch ökologische Vernetzungsfunktion erfüllen soll.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 716 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 13 - Geldern-Issum - Anpassung an die Bauleitplanung
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Issum im Zusammenhang mit der Ausweisung einer Konzentrationszone für Windenergie (1. Änderung des sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie der Gemeinde Issum)

KTM Habicht nimmt Bezug auf seine Anfrage im Fachausschuss und erbittet Auskunft, ob zwischenzeitlich Erkenntnisse vorliegen, ob in einem Radius von einem Kilometer Wohnbebauung vorhanden ist.

Landrat sagt schriftliche Beantwortung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1.

die 1. Änderung des sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie der Gemeinde Issum für die Konzentrationszone „Issum-Kapellen“ im vereinfachten Verfahren gemäß § 20 (2) LNatSchG durchzuführen und den Eigentümern der von den Änderungen betroffenen Grundstücke und den von den Änderungen betroffenen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

2.

im Rahmen des vereinfachten Änderungsverfahrens die allgemeinen Festsetzungen für Landschaftsschutzgebiete des Landschaftsplans Geldern-Issum um folgende Unberührtheitsregelung zu erweitern:

„h) die Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich von Konzentrationszonen des Flächennutzungsplans; für die damit verbundenen Ver- und Versorgungsleitungen ist eine Befreiung zu erteilen, wenn das Vorhaben § 26 (2) BNatSchG nicht entgegensteht“

Der Geltungsbereich der Unberührtheit ist in der Kartendarstellung gelb umrandet dargestellt.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 714 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk -
Anpassung an die Bauleitplanung
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Straelen (19. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Straelen und Aufstellung des Bebauungsplans Straelen Nr. 58 ‚Auf dem Brand‘ im Parallelverfahren)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Straelen, sofern:

- die im landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP) aufgeführten Vermeidungs-, Schutz- und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Ausführung kommen. Der LBP ist Teil des im Parallelverfahren aufgestellten Bebauungsplans Nr. 58 ‚Auf dem Brand‘;
- die im Artenschutzgutachten formulierten Vorgaben zur Einhaltung von Fristen und Durchführung geeigneter Artenschutzmaßnahmen umgesetzt werden.

Zu Punkt 18 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 720 /WP14

Umsetzung der Reitregelung nach dem LNatSchG

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfs zur Umsetzung der neuen Reitregelung die nach § 58 LNatSchG erforderliche Allgemeinverfügung zu erlassen.

Zu Punkt 19 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 726 /WP14

Erhalt des Angebotes eines Sozialtickets

Antrag der Kreistagsfraktion der B90/DIE GRÜNEN vom 19.10.2017

KTM Höhn führt aus, dass das Thema Sozialticket relevant bleibt. Ziel ist der Erhalt des Sozialtickets. Die Entwicklung ab dem Jahr 2019 ist nicht absehbar. Der Mobilitätsansatz im Regelsatz des SGB II reicht nicht aus um die Kosten des Sozialtickets zu decken. Vielen Menschen ist das Sozialticket zu teuer. Es ist eine Preissenkung notwendig. Nach Absprache mit der SPD-Fraktion wird der Antrag zurückgenommen. Die von der SPD-Fraktion beantragte Resolution wird von der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt. Es wird jedoch eine Umformulierung beantragt. Im vorletzten Satz des Resolutionstextes sollten die Worte "über den 31.12.2018 hinaus" durch die Worte "für die aktuelle Legislaturperiode ohne Verteuerung" ersetzt werden.

KTM Franken stimmt dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umformulierung zu. Er vertritt die Auffassung, dass nach dem Einlenken der Landesregierung der Kreistag gleichwohl ein deutliches Zeichen zur Notwendigkeit der Beibehaltung eines Sozialtickets setzen sollte. Es war seitens der Landesregierung klar geäußert worden, dass ein Ausstieg auf Raten aus dem Sozialticket beabsichtigt war. Dieser wäre zu Lasten der Sozialschwächsten der Gesellschaft gegangen. Nur der immense öffentliche Druck hat dazu geführt, dass die Finanzierung des Sozialtickets im Jahr 2018 in gleicher Höhe fortgeführt wird. Die Situation ab 2019 ist jedoch noch nicht geklärt. Daher ist eine Resolution notwendig. Er weist darauf hin, dass in anderen Kreisen die CDU-Fraktion entsprechende Resolutionen mitgetragen hat.

KTM Ulrich sagt, dass es eine klare Äußerung der Landesregierung gibt, dass das Sozialticket auch über das Jahr 2018 hinaus bestehen bleibt. Es wurde deutlich gemacht, dass es die Absicht gibt, Veränderungen dahingehend herbeizuführen, dass dieses Ticketsystem in Zukunft allen Beteiligten und Nutzern im Sinne einer Gesamtförderung des Ticketwesens angeboten werden soll. Bislang fallen Viele durch das Raster, z.B. weil bestimmte Personengruppen nicht einbezogen sind. Es gibt einen prognostizierten Bedarf von 1,2 Mio. bis 2 Mio. Menschen, während die tatsächliche Inanspruchnahme bei 300.000 liegt. Eine Resolution ist nicht zielführend.

KTM Krystof erklärt, dass eine Nutzung von 25% einen guten Wert darstellt, wenn man betrachtet, wie viele Menschen, die nicht zum Kreis der Berechtigten gehören, ein Aboticket besitzen. Er fragt

unter Bezugnahme auf die Ausführungen von KTM Ulrich, wer im Kreis der Berechtigten fehlen soll.

KTM Prof. Dr. Klapdor greift die Frage von KTM Krystof auf und führt aus, dass das Azubiticket deutlich teurer ist als das Sozialticket. Aufgrund des in der Regel geringen Einkommens von Auszubildenden kann man darüber diskutieren, ob dies sinnvoll ist. Auch gibt es Berufstätige, deren Einkommen gering ist, aber über dem Sozialhilfesatz liegt. Die Landesregierung sollte darüber diskutieren, wie man ein Sozialticket adäquat abbilden kann. Dann ist der VRR erster Ansprechpartner, nicht der Kreis. Wenn landesweit einheitliche Konditionen eine Zielsetzung sind, dann scheint es sinnvoll, dass sich die Kreise zurücknehmen und abwarten, was auf Seite der Landesregierung dahingehend diskutiert wird.

KTM Düllings sagt, dass die Form des Sozialtickets, wie sie im VRR gegeben ist, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten im Bereich des VRR verabschiedet wurde. Er äußert sein Unverständnis darüber, eine Resolution einzubringen, wo keine Zuständigkeit gegeben ist. In anderen Verbandsgebieten ist das Sozialticket anders ausgestaltet. Seitens der Landesregierung wurde erkannt, dass Handlungsbedarf bei den Tarifstrukturen vorhanden ist. Die Landesregierung möchte die Ticketstrukturen weiterentwickeln und die gesellschaftlichen Schichten im Blick haben, die möglicherweise auch betroffen sind. Strukturen sollen unter Beibehaltung von Angeboten, die dem heutigen Sozialticket entsprechen, zusammengeführt werden. Einer Resolution bedarf es nicht.

KTM Eicker widerspricht KTM Düllings. Sie ist sich sicher, dass die SPD beim VRR zugestimmt hat. Die Anzahl der verkauften Sozialtickets ist steigend. Daraus resultiert ein erhöhter Zuschussbedarf. Es ist gut, wenn seitens der Landesregierung in der Legislaturperiode weiterhin ein Förderbetrag von 40 Mio. Euro zur Verfügung gestellt wird. Es werden aber mehr Mittel benötigt, insbesondere auch wenn es zu einer Erweiterung des Berechtigtenkreises kommen sollte. Im VRR wurde der Beschluss gefasst, dass eine Finanzierung des Sozialtickets nicht zu Lasten der anderen Kunden oder der Verkehrsunternehmen erfolgen soll, sondern ausschließlich über den Ticketpreis und die Landesförderung. Dieser Beschluss wurde von der CDU mitgetragen.

KTM Heinrichs teilt mit, dass er das Sozialticket begrüßt. Er äußert sich verwundert darüber, dass durch die Umformulierung des Resolutionstextes eine zeitliche Begrenzung aufgenommen wird und fragt, was über die Legislaturperiode hinaus ist.

KTM Höhn antwortet, dass der Blick auf die Legislaturperiode erstmal das Aktuelle ist. KTM Wucherpfennig ergänzt, dass Vereinbarungen normalerweise immer für die laufende Legislaturperiode getroffen werden. Keiner begrenzt sich selbst. Die Forderung wird für den Zeitraum gestellt, der zur Verfügung steht.

Beschluss:

Der gemeinsam formulierte Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird mit 32 Gegenstimmen bei 23 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Zu Punkt 20 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 725 _1/WP14

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
Entwurf des Nahverkehrsplanes des Kreises Kleve

Der Kreistag nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 21 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 755 /WP14

Rettungsdienst;
Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2016 und die Entlastung des Betriebsausschusses für den Rettungsdienst des Kreises Kleve

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss 2016 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Rettungsdienst des Kreises Kleve" wird in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RTU Euregio, Goch vorgelegten Form festgestellt (Bilanzsumme in Aktiva und Passiva gleichlautend 16.126.483,39 Euro). Der Jahresüberschuss von 92.836,23 Euro wird in das Wirtschaftsjahr 2017 auf neue Rechnung vorgetragen.
2. Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.

Zu Punkt 22 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 758 /WP14

Rettungsdienst;
Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2018 für den Rettungsdienst des Kreises Kleve

KTM Wucherpfennig äußert sich erfreut über die Einführung der mobilen Retter. Sie fragt, ob die Ausstattung über den Kreis Kleve oder eine Organisation erfolgt.

Landrat verweist auf die angedachte Vorstellung in einer Sitzung des Kreistages sowie auf den vorliegenden Haushaltsplan.

KTM Wucherpfennig führt aus, dass sie von einem mobilen Retter erfahren hat, dass die bereitgestellten Mundschutze von derart schlechter Qualität sind, dass man sie nicht gesichert einsetzen kann. Die Membrane ist beim ersten Atemzug einer Mund-zu-Mund-Beatmung herausgeflogen, so dass eine Fortsetzung nicht möglich war. Sie bittet sich darum zu kümmern.

Landrat sichert dies zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan 2018 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Rettungsdienst des Kreises Kleve" wird in der vorgelegten Form festgestellt.

Zu Punkt 23 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 763 /WP14

Pflegeschnitte an den Sichtachsen am Moritzpark
Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.11.2017

KTM Höhn sagt, dass ihr zwischenzeitlich bekannt geworden ist, dass die Verwaltung dem Arbeitskreis Kermisdahl-Wetering schriftlich mitgeteilt hat, dass die Pflegeschnitte auch für die

nächsten Jahre im Haushalt gesichert sind. Sollte dies zutreffen, könnte dies zu Protokoll genommen werden. Der Antrag hätte sich dann erledigt.

Landrat antwortet, keine entsprechende Erklärung abzugeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.11.2017 wird in die Haushaltsberatungen verwiesen.

Zu Punkt 24 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 654
/730/750/753/WP14

Mitteilungen

Der Kreistag nimmt die Mitteilungsvorlagen

654/WP14: Geschäftsbericht für den Peter-Albers-Studienfonds 2016

730/WP14: Übertragung der Aufgaben des Straßenbaus auf die Kreis Kleve Bauverwaltung GmbH (KKB GmbH)

750/WP14: Änderung der organisatorischen Strukturen der Kreisverwaltung zum 01.01.2018

753/WP14: Besucherlenkung in der Ausländerbehörde des Kreises Kleve zur Kenntnis.

Zu Punkt 25 der Tagesordnung:

Anfragen

KTM Reuter fragt nach dem Sachstand zu der Thematik 'Verteilung von Jodtabletten in den Kommunen'. Er möchte den Beratungsstand wissen und wie die Bevölkerung im Notfall informiert werden würde. Zudem bittet er um Auskunft, in welchem Zeitrahmen die Austeilung sowie die Einnahme zu erfolgen hat und in welchem Zeitrahmen dementsprechend die Zurverfügungstellung erfolgen kann. Er fragt ferner ob es eine Möglichkeit gibt, in einen eventuellen Katastrophenschutzplan als Kreistagsmitglied Einsicht zu nehmen. Sollte dies der Fall sein, bittet er zudem um Mitteilung, ob der Katastrophenschutzplan zur Verfügung gestellt werden kann oder ob eine Einsichtnahme erfolgen müsste.

Landrat sagt schriftliche Beantwortung zu.
